

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit bezügl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
für den Haus- und Tageszeitung einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich 87 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und  
Ostpreußen-Organ N. 5. — Erhalten! Mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Verlagsfreiheit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 getragene Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 31.

Dresden, Dienstag den 7. Februar 1911.

22. Jahrg.

## Justiz.

Das preussisch-deutsche Justizwesen in all seiner Mangelhaftigkeit und Volkseindlichkeit steht wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen. Die Noabiter Prozesse und der Prozess gegen die Essener „Reineidigen“ haben, wie wir schon anerkennen, in das schwarze Buch der Massenjustiz zwei neue Kapitel eingetragen. Aber beide Prozesse haben gerade die allereinstimmendsten Beweise für die Tatsache erbracht, wie unendlich schwierig es ist, in deutschen Gerichten das Recht zur Geltung gelangen zu lassen. Wenn in Noabiter einmüßig vergewaltigten Vergleuten das Recht zum Ausdruck gelangt ist — es liegt klar zutage, daß diese Vergleuten keineswegs der Justizleitung zu danken sind, daß sie vielmehr ihr erst auf allerärmlichste abgezwungen werden mußten.

In 15 Jahre hat es gedauert, bis es unserem Genossen Schiller und seinen Leidensgefährten gelang, die neue Verfassung herbeizuführen. Nur rastlose Bemühungen unter Einsatz vieler Mittel und die Hilfe eines seltenen Talentes, der trotz politischer Gegnerschaft ein wahrer Antikrist des Rechts sein wollte, haben die glänzende Wendung ermöglicht. Aber auch alle Mühen und Sorgen waren vergeblich geblieben, wenn nicht ganz besondere Verhältnisse den Kampf ums Recht beherrschten hätten. Wäre die moralische Verleumdung des Reichs-Minister nicht im Verlauf der Jahre allzu offenkundig geworden, wäre dieser Patron in der Bahn der äußerlichen Unmittelbarkeit verblieben, so wäre alle Mühe der Essener „Reineidigen“ und ihres Anwaltes ewig hoffnungslos geblieben. Aber selbst der Nachweis von Ministers späteren ungesetzlichen Handlungen würde die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht herbeiführen haben, denn dadurch würde sich nicht beweisen, daß er schon im Jahre 1896 ungesetzlich gewesen ist. Vielmehr müßten dazu die zahlreichen Feststellungen aus seiner heidnischsten Zeugen kommen, daß Minister von dem ersten Reineidprozeß ein unredliches und zu jeder Schändlichkeit fähiger Lump gewesen ist. In dieser Angelegenheit allerdings eröffnete zugleich grauenvollen Mord in Abzünde der Massenjustiz unseres Zeitalters.

Der neue Essener Prozess hat gezeigt, daß Vorgelegte des Reichs-Minister schon zur Zeit des ersten Prozesses Kenntnis von seiner Unzuverlässigkeit, von seinen disziplinarischen und kriminellen Vergehungen hatten. Aber damals schrie sie niemand. Bei den untergeordneten Beamten, den Gleichgestellten Ministers, mag es Jurist gewesen sein, die sie hinderte, sie einzumischen; sie konnten den Unwillen der Vorgesetzten zeigen und sich mißlieblich machen. Aber die Vorgesetzten selbst? Und vor allem der damalige Staatsanwalt? Minister ist ausdrücklich beauftragt die angeklagten Vergleuten, lauter sachverständige Männer, gegen die man nichts weiter vordringen konnte, als daß sie einer und derselben verfolgten Partei angehörten. Da mußte es doch die erste Aufgabe der Justiz gewesen sein, über den Verhaltensweisen Ministers Grundfragen zu erheben. Entweder hat damals die Staatsanwaltschaft dieses Selbstverständliche unterlassen. In diesem Falle offen-

bart sich gerade das Wesen der Massenjustiz: Gebendet von Haß gegen den politischen Gegner läßt man die nötigsten Maßnahmen einer objektiven Rechtsfindung außer acht. Der Gendarm gilt als „Stellvertreter Gottes“, seine Aussage ist so gut wie ein Befehl, sein Schwur bringt sieben brave Arbeiter auf Jahre ins Zuchthaus. In ungeheuerlichem Uebermaß geschah da nur, was sonst in zahllosen Prozessen auch geschieht, was auch in Noabiter geschehen wäre, wenn die Absichten der Reaktionsäre und Scharfmacher siegreich blieben, die den Prozess im politischen Kampf zu gebrauchen gedachten. Oder aber es entfiel die Frage: Hat im Jahre 1896 die Staatsanwaltschaft doch Lusthüte über den Minister eingelegt? Hat sie getrachtet, wie viele Beschwerden gegen den Minister vorlagen? Hat sie das alles unbeachtet gelassen, hat sie ihr bekannte Tatsachen, die geeignet waren, das Zeugnis ihres staatsfeindlichen Kronzeugen unglaubwürdig zu machen, verschwiegen und so die schon gleichfalls von Massengefühl befehlten Juristen-Geschworenen zum verhängnisvollen Fehlurteil verleitet? Diese Frage wird heute nicht mehr beantwortet werden, aber die Vorgänge in Essen fordern dazu heraus, sie aufzuwerfen und in die Hintergründe politischer Prozesse zu weisen, die freilich niemals ganz aufgeklärt werden können. Was sich in intimen Gesprächen von Staatsanwälten mit anderen Leuten der Beamtenhierarchie vollzieht, darüber gelangt nichts hinaus. Aber Schröder und Genossen mußten in die Schmach und das Gland des Zuchthaus gehen!

In einer Zeit, da solche Geschehnisse sich abrollen, da die Massenjustiz Entstellungen erfährt wie in Essen, gelistet es die Reaktion, nach Wehrung der Justizgewalt und nach Gesetzen zu rufen, die der Justizwillkür noch weiter die Flügel schießen lassen. Man fordert Verklärung der Verleibungsparagrafen, Einschränkung der Beweisverhebungen vor Gericht. Man erhebt neue Gewaltparagrafen gegen die Arbeiterklasse, gegen ihr natürliches Recht und gegen ihr herrliches Befreiungsstreben!

Aber der Freispruch von Essen ist ein flammendes Signal in den Kämpfen unserer Zeit. Er ist die juristischste Verurteilung, die je die Verleumdung der Sozialdemokratie erfahren haben. Er ist die schönste Rechtfertigung der Lauterkeit des Arbeiterkampfes. Es ist ein Sieg des Rechts über das von Klassegeist beherrschte Justizsystem!

Im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Justizfragen am Montag zu wichtigen Auseinandersetzungen geführt.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag begann am Montag die zweite Lesung der Justiznovelle mit der Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes. Um es gleich voraussagen zu können: alle Verbesserungsvorschläge von unserer und der fortschrittlichen Seite wurden abgelehnt.

Das bedeutendste Moment der Verhandlung war die scharfe Abfertigung der Votivreden, Bessler, Jellisch usw. durch die Genossen Heine und Stadthagen. Die Juchzungen

war herb. Der Versuch des Justizsekretärs Visco, seinen preussischen Kollegen reinzuwaschen, fiel höchst flüchtig aus, und die Rechte, die im Abgeordnetenhaus nach Verleserart zu loben pflegt, konnte hier im Hause des allgemeinen Wahlrechts ihren Staatsrechtsmanieren nicht die Flügel schenken lassen und sprach durch den Mund des südlichen Richters Wagner sich recht kleinlaut aus. Die scharfe überlegene Logik Heines, der schmerzvolle Appell Stadthagens, der an die zahlreichen Wärtner der bürgerlichen Zinsen erinnerte, blieben nicht ohne Eindruck, wenigstens auf die Linksliberalen, und die Reden der Ablok und Müller-Weinungen haben sich sehr vorteilhaft von den Heckscherreden ab, die man zur Wilton-Vorzeit von freisinnigen Banken zu hören gewohnt war. Auch die Polen schlugen sich auf unsere Seite. Dafür gefielen sich die Nationalliberalen den Schwarzblauen bei. Abgeordneter Heine, der bei jedem Anlaß seine reaktionären Reigungen bekundet, machte von seinem zur Objektivität verpflichtenden Richterhatterante einen solchen Gebrauch, daß Müller-Weinungen und Genosse Lebebour ihn mit Recht zurückwiesen. Trotz der wenig erfreulichen Abstimmungsresultate hat die Massenjustiz, für deren unverhältnißlose Form sich kaum ein unbedingter Verteidiger im Reichstage fand, eine große und wohlverdiente Niederlage erlitten.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Einige gemäßigtere, aber richtige Bemerkungen des Volksparteilers Cassel über die vielen Fehlurteile preussischer Gerichte hatten den Justizminister Bessler veranlaßt, sich die Kritik an der Justiz ziemlich deutlich zu verbitten, und als Genosse Dr. Liebknecht wirkungsvoll dem Bedürfnis der Justiz nach Autorität die merkwürdige Vernehmung des Noabiter Schwurgerichtsvorsitzenden durch Herrn Bessler gegenübergestellt hatte, da wurde die Gerechtigkeit läßt und drohte, auf parlamentarische Anfragen überhaupt nicht mehr zu antworten, wenn man ihr etwa gar unterfragen wollte, sich durch einfaches Anfragen bei den Richtern zu informieren. Man hat nun wohl nicht gehört, daß der Justizminister das gleiche unbegreifbare Verhalten nach Information auch dann gezeigt hätte, wenn von den Sozialdemokraten über ungerechte, ja fanatisch gehässige Aufstellungen einzelner Richter gesagt worden ist. Hier war es freilich Herr v. Jellisch und seinesgleichen, die das Bedürfnis nach Aufklärung äußerten — wenn es sich auch wieder um die Verhandlungsführung, noch um die Urteilsbemessung, sondern bloß um einen Satz aus einer Rechtsbelehrung gehandelt hätte.

Ferner brachte Genosse Liebknecht den Essener Reineidprozess zur Sprache. Er befragte den Justizminister, was er denn dazu zu sagen habe, daß der moderne Staatsanwalt Peterson — der übrigens gleich dem Schussl-Minister inzwischen verstorben ist — 1896 auf das Zeugnis des Ministers hin Unschuldige auf Jahre ins Zuchthaus gebracht hat, obgleich die Spägen von den Dächern piffen, was man damals schon von Minister wußte. Aber natürlich, der Staatsanwalt hat von nichts gewußt. Wenn irgendwo in einer Kneipe ein armer Teufel im Schnapsdusel eine irdische Aufklärung macht, wenn irgendwo in einem Dorfe an einem Sonntag Arbeiter Flugblätter verteilen, wenn in irgendeiner

## Erinnerungen an Paul Singer

von E. Debel

Es sind über 42 Jahre, daß ich Paul Singer kennen lernte. Im Juli 1868 legte in Berlin das deutsche Zollparlament, das aus den Mitgliedern des Norddeutschen Reichstages und aus den in den verschiedenen Staaten eigens zu diesem Parlament gewählten Vertretern zusammengesetzt war. In den demokratischen Kreisen Deutschlands damals der Bekantheit auf, eine Volksversammlung zu bilden, in der außer dem Reichstag und mit Dr. Roth-Wilchens, dem Reichstags-Präsidenten und anderen Reden sollten. In dem Jahre, das diese Versammlung einberief, befand ich neben Dr. Schuler und dem im letzten Sommer über 91 Jahre alten dem Reichstag auch Paul Singer. Vorsitzender der Versammlung war der nach heute in Reuthof lebende Genosse Jonas, zu jener Zeit Reichstags-Präsident in Berlin. Ich machte damals die Bekanntschaft Paul Singers, die bald in eine Freundschaft für das Leben wurde.

Singer war damals noch Demokrat, aber mit starkem sozialem Bewußtsein, wie sich bald nachher zeigte. Als Anfang September der Reichstag der deutschen Arbeitervereine in Nürnberg mit dem Antrag als Vorsitzender des Verbandes das Programm der Arbeitervereine annahm, gab dieses im Berliner Arbeiterverein, dem Paul Singer angehörte, Anlaß zu lebhaften Debatten. Ein Teil des Vereins verlangte die Zustimmung zum Programm der Arbeitervereine, dem außer Singer später auch Theodor Wegner, aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nach ihrem Austritt aus dem Verein in Nürnberg beigetreten. Dieser Teil des Vereins schloß sich dem Reichstags-Programme an, während ein anderer Teil, der sich für die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Nürnberg erklärte, als man nach den bisher darüber veröffentlichten Beschlüssen der Arbeitervereine machte, mochte ich aber den Verfassern jener Beschlüsse entgegenstand, denn die literarischen Quellen über die damalige Stellung schloß eine engere Fühlung mit der Arbeiterpartei Nürnberg und den Standpunkt Johann Jacobis ein.

Der Gedanke, die Paul Singer verhinderten, in den nächsten zehn Jahren öffentlich in der Bewegung hervorzutreten, waren hauptsächlich zwei. Einmal wurde der damals sehr schlanke hochausgewachsene junge Mann von der Tuberkulose ergriffen, die ihn hart an den Rand des Grabes brachte. Er suchte Heilung an der Riviera; als man aber dort an seiner Genesung verzweifelte, schickte man ihn zum Sterben nach Hause. Wieder alles Erwarten erholte er sich aber vollständig. Er selbst schrieb seine Genesung hauptsächlich dem Umstand zu, daß er täglich zwölf rote Eier genoß. Nach seiner Wiederherstellung mußte er aber, und das war der zweite Grund, der sein öffentliches Auftreten verhinderte, mit aller Energie für die Lösung des Mannschaftsproblems eintreten, das er Ende der sechziger Jahre in Gemeinschaft mit seinem Bruder gegründet hatte, was beiden auch gelang.

Die aktive Beteiligung an einem größeren Geschäft, das seinen Ansehern eine große Verantwortung und großes Risiko auferlegte, schloß eben eine öffentliche Beteiligung an der sozialdemokratischen Bewegung aus. Dafür haben wir in der Geschichte unserer Partei manche Beispiele. Das hielt aber Paul Singer nicht ab, der Bewegung nicht nur seine volle Sympathie, sondern auch in hervorragendem Maße finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wie er denn in Geldsachen und was immer er um Hilfe angegangen wurde, stets ein nobler Mensch war der oft weit über das berechnete Maß hinausgab, und da er kein großer Menschenkenner war, auch oft mißbraucht wurde.

Als dann seine intellektuelle und soziale Position gestärkt war und er sich namentlich auch in den Berliner Kaufmannskreisen eine sehr angesehene Stellung erworben hatte, litt es ihn nicht länger in seiner Zurückhaltung. Das Sozialistengesetz war die nächste Veranlassung zu seinem Vordringen. Der Erfolg des Sozialistengesetzes hatte sein feines Recht- und Gerechtigkeitsgefühl aufs tiefste empört und nun trat er hervor und gab mit vollen Händen zur Unterstützung der Opfer, die das Gesetz geschaffen hatte. Anlässlich einer seiner Geschäftsreisen nach England, besuchte er im Frühjahr 1879 auch Marx und Engels in London und war für die Gründung des Züricher Sozialdemokraten tätig. Er beteiligte sich ferner von jetzt an an der sogenannten „inneren Bewegung“ in Berlin, und da seine Stellungnahme der Justiz nicht verborgen blieb, erging es ihm wie mir oder weniger überall den bekannten tätigen Genossen, seine Wohnung und sein Geschäftsbüro wurden Gegenstand heimlicher polizeilicher Überwachung. Das verbündete nicht, daß er alles aufbot der polizeilichen Beobachtung zu entkommen und an den geheimen Zusammenkünften teilzunehmen, die damals die öffentliche Tätigkeit der Partei erfüllen mußten. Paul Singer beschloß eben den nächsten

Mut, den die Zeit erforderte und die Partei verlangte. Wie er später Stadtratsmitglied und Reichstagsabgeordneter wurde und nach seiner Rede in der Sitzung des Reichstages im Reichstag durch Herrn v. Büttner aus Berlin ausgedrückt wurde, ist bekannt.

Er siedelte nunmehr nach Dresden über, und zwar in die nächste Nähe seiner Wohnung. Ich hatte, nachdem ich im Sommer 1881 aus Leipzig ausgewiesen worden war und nach mehrjährigem Aufenthalt in Vordorf, wo auch Liebknecht wohnte, Schicksal nach der Wiederherstellung mit meiner Familie empfand, im Herbst 1884 in Plauen, einem Vorort von Dresden, Wohnung genommen. Paul Singer wurde jetzt nach seiner Ueberredung nach Dresden zurückgekehrt und in den letzten Jahren vor Aufhebung des Sozialistengesetzes sogar unser Wohngenosse. Dieses tägliche Zusammensein war mir sehr angenehm und für die Partei von Vorteil. Die Leitung der Partei war nach der Auflösung ihrer Organisation und in Leipzig und, wie damals die Verhältnisse der Partei lagen, die Hauptarbeit mir zugefallen. Nach unserer Ausweisung aus Leipzig wurde der Fraktionsvorsitzend als Leiter der Partei bestimmt, zu dem später auch Paul Singer gehörte. Der Fraktionsvorsitzend war aber außerhalb der Reichstagsdelegation über die verschiedenen Orte zerstreut und daher ein Meinungsaustausch schwer. So wohnte zuerst in Schönerlin, später in Wilmanns, Gröbenberger in Nürnberg, Kautzschke in Würzen, dann in Vornburg, zuletzt in Halle. Liebknecht in Vordorf, ich erst in Vordorf, dann in Plauen. Ueber intime Dinge zu korrespondieren, war bedenklich, denn an das postliche Geheheimnis, das so sicher sein soll wie die Erde auf dem Altar, glaubten wir nicht. So kam es, da ich auch die Post führte, daß ich meiner Meinung in gewissem Sinne in die Rolle eines Inbilden Mahatras gebrannt wurde, die fünf Wägen mit zwei Jahresrente später anbrachte. Ich mußte eben häufig auf eigene Faust und Verantwortung handeln. Jetzt kam mir Paul Singer wie gerufen. Büttner hatte mir persönlich einen Befehl erteilt, als er unfernen Singer zwang, Berlin zu verlassen. Denn nunmehr konnte ich alle Vorgänge mit ihm besprechen und ebnen konnte er mir bei der Korrespondenz helfen, die ich zu erledigen hatte, oder wenn ich dem Plauen abwesend sein mußte, die Geschäfte erledigen. Als ich dann infolge meiner Beteiligung am Koppenhagener Parteitag mit einer Anzahl anderer Genossen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war und diese im Spätherbst 1886 anzutreten hätte, übernahm er auch während meiner Abwesenheit die Führung der Parte. Erst der Fall des Sozialistengesetzes, Ende Oktober 1890, machte der Plauerer „Johde“ ein Ende. (Schluß folgt.)